

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 30 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beilagengebühr: 10.— Mk. das Jahrb., zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme demontags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 82

Donnerstag, den 14. Juli 1932

34. Jahrg.

Das Vernehmen der Secken und Säune

hat freitags bis zum 1. August ordnungsmäßig zu erfolgen. Gegen Säunmei werde ich nach Ablauf der Zeit Zwangsmassnahmen durchführen. Remberg, den 11. Juli 1932.

109] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Bullenverkauf.

Freitag, den 15. Juli 1932, um 20^{1/2} Uhr, soll im Ratsteller der bei Herrn Landwirt Köhne untergebracht Zugbullen (ca. 16 Jähner) imer) zum Schlachten verkauft werden. Vorherige Besichtigung ist gestattet. Remberg, den 13 Juli 1932.

110] Der Magistrat.

Frankeichs Machtposition

Von Dr. Karl Schwendemann.

Der Verfasser, der gegenwärtig an der Abrüstungskonferenz in Genf teilnimmt, hat eine Darstellung über Frankreich veröffentlicht, der nachstehende Auszüge entnommen sind.

In den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage hat Frankreich ein neues Beispiel für kein Gesicht gegen seine eigenen Interessen konsequent zu verfolgen und dabei den Weltgebanken der Abrüstung scheinbar zu fördern. Wenn es jahrelang durch die Verpöpelung von Abrüstungs- und Sicherheitsfrage die letztere auf das theoretische Gebiet der Welterbundelektre über Friedenssicherung zu ziehen verstand, so hat es, als dieser Weg ungangbar wurde und im Jahre 1926 endlich die Vorbereitende Abrüstungskommission des Welterbundes ins Leben trat, um die praktische Bearbeitung zur ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz durchzuführen, während dieser Verhandlungen eine andere Methode verfolgt, die in ihrer Wirkung auf daselbe hinausfiel. Es hat die Verhandlungen dieser Kommission so zu führen verstanden, daß Wege gesucht und gefunden wurden, die scheinbar zu dem großen Ziel der Weltabrüstung hin, tatsächlich aber um eine wirkliche Abrüstung herumzuführen. Während es das logischste und den eingegangenen Verpflichtungen entsprechende gewesen wäre, für die allgemeine Abrüstung die deutsche als Mutter zu nehmen, so doch die deutsche Abrüstung nach dem Wortlaut des Versailleser Vertrages nur die Einleitung zu einer allgemeinen Abrüstung sein sollte, wurden durch die Vorbereitende Abrüstungskommission neue Wege und Methoden der Abrüstung gesucht, als ob noch nie ein Staat praktisch die Abrüstung demonstriert hätte. Diese Methoden sind so angelegt, daß die wesentlichen Faktoren der Kühlung von einer künftigen Abrüstung ausgeschlossen werden sollen. Das Ergebnis der Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission ist ein Renouvoisentwurf, der das künstlich fertiggestellt, scheinbar eine allgemeine Abrüstung zu beginnen, die Abrüstungen der hochgerüsteten Staaten aber in ihren wesentlichen Faktoren unberührt zu lassen und gleichzeitig die Entsaftung der bereits abgerüsteten Staaten von neuem zu befähigen. Deutschland hat diesen Entwurf deshalb abgelehnt.

Schließlich die Reparationsfrage. Hier hat Frankreich es mit großem Geschick verstanden, den Vornarrteil des Kriegserfolges auf seine Seite zu bringen. Mit der Frage über die im Kriege erlittenen Verluste, mit der systematischen Verwertung seiner erlittenen Gebiete zu einer Weltpropaganda großen Stils gab es dem Wori Wiedergutmachung einen weithin anerkannten moralischen und rechtlichen Charakter. Im Namen der Gerechtigkeit forderte es Reparationen. Schon in der Prägung des Wortes fragte es dies hinausdrückend, nicht Kriegsentschädigung, sondern Entschädigung wurde von Deutschland gefordert, sondern etwas moralisch viel einmündigeres: Reparationen. Wiedergutmachung für das zugefügte Unrecht und den zugefügten Schaden. Als moralische Begründung wurde die angebliche Schuld Deutschlands am Kriege herangezogen. Während England großzügig auf jede Zahlung verzichtete, die über das hinausging, so lehnte Amerika zu zahlen hatte während es völlig übermäßig welche aufgebenden Verluste bei Krieg und seine Folgen seiner Volkswirtschaft verurteilt hatten verhandelt Frankreich die Rednung seiner besetzten Gebiete so aufzumachen, daß es über die Hälfte aller Reparationen erhielt. Wenn man die heutige finanzielle Lage Frankreichs und Englands vergleicht, so liegt es auf der Hand, wo die besseren Redner haben, wo das größere politische Gewicht und der größere moralische Situation Frankreichs, ist es sehr wesentlich die Führung seiner Außenpolitik verbandt, ins Auge zu mag man eine Stelle aus dem Bericht des Senators Berenger an die Finanzkommission des Senats über das Budget des französischen Außenministeriums vom Jahre 1930 zitieren: „Ein Mutterland von 40 Millionen Einwohnern und von 600 000 Quadratkilometer Fläche, Kolonien von 60 Millionen Einwohnern und 12 Millionen Quadratkilometer Fläche, einem Nationalprodukt von 30 Milliarden — aufs, das ist mehr Größe und

Expansion als Frankreich in irgendeinem Augenblick seiner Geschichte erreicht hat.“

„Frankreich ist heute nicht nur eine europäische Nation es ist eine interkontinentale Nation geworden.“ Aus dieser Worten klingt ein solches Bewußtsein. Fügt man hinzu, daß Frankreich das stärkste Heer und die größte Luftflotte der Welt besitzt, dazu ein Bündnisystem, das von Antwerpen bis Ostindien und vom Weisenzweig bis zur Donaumündung und vom Nielenzweig bis zur Adria reicht, daß es auch eine starke Kriegsflotte unter vorwiegender Berücksichtigung der für England besonders gefährlichen Unterseeboote entwickelt hat, daß es den zweigleisigen Goldschlag der Welt sein Eigen nennt und den größten auf den Kopf der Weltverteilung umgerechnet, daß die Weltwirtschaftsfrage von allen großen Ländern Frankreich am wenigsten geschwächt hat, daß das engl. Pfund den Goldstandard aufgeben mußte und sogar die Vereinigten Staaten vor der finanziellen Stärke Frankreichs zeitweise zurückweichen mußten, so ergibt sich das Bild einer Machtposition, die Frankreich im Laufe seiner Geschichte, wenn man von den wenigen Jahren der Herrschaft Napoleons abliest, nie befehlen hat.

Die französische Außenpolitik hat es nicht nur verstanden, die große Machtausübung der imperialistischen Zeitalters, den Weltkrieg, sondern auch die Früchte des Sieges zu pflücken und in die Scheunen zu bringen: die Feder der Diplomaten hat das, was das Schwert der Krieger, nicht nur der eigenen, sondern der einer ganzen Welt, gewonnen hatte, nicht verloren sondern zu fixieren, zu mehren und zu aktivieren verstanden.

Des Kanzlers Verteidigung

Wie es zu dem Ergebnis kam.

Berlin, 12. Juli.

Bei einem Presseempfang äußerte sich der Reichskanzler abschließend über das Ergebnis von Lausanne. An die Spitze einer Ausführungen stellte er die Bemerkung, daß die Entscheidung darüber, ob man zu einer engültigen Regelung der Reparationsfrage kommen oder es auf ein Scheitern der Konferenz mit allen sich daraus ergebenden Folgen antworten lassen wollte, nie durch irgendwelche innerpolitischen Erwägungen beeinflusst worden ist.

Zur Sache selbst führte er aus, es sei doch nicht so gewesen, wie man es in der Öffentlichkeit lange angenommen habe, daß wir etwa 100 Meiler vor dem Ziel gestanden wären, nachdem wir erst vor zwei Jahren einen Vertrag über eine Leistung von 35 Milliarden unterzeichnet hätten.

Zwar habe sich inzwischen die Zahlung dieser Summe als unmöglich herausgestellt, aber ebensowenig wie wir die Zeit verfehltes durch Deutschland geleisteten Unterichten durch einen einseitigen Akt aus der Welt schaffen konnten, so wenig sei es möglich gewesen, die Reparationsfrage durch einen einseitigen Akt zu liquidieren.

Die Schuldverhältnisse.

Nach übereinstimmendem Urteil aller internationalen Fachleute ist es höchst fraglich, ob die 3 Milliarden Schuldverpflichtungen überhaupt auf dem internationalen Markt untergebracht werden könnten. Wenn aber dies doch möglich ist, so würde es ein Beweis dafür sein, daß Deutschland tatsächlich sein wirtschaftliches Gleichgewicht wiederbekommen habe.

Man dürfe ferner auch nicht vergessen, daß die gesamte Sanftionspolitik mit der Lausanner Lösung gefallen sei. Nicht zu übersehen ist weiter, daß die Hoover-Amnuität aus dem Hoover-Memorandum 1,9 Milliarden betrage, die in zehn Jahren abzutragen gewesen wären. Bei einem Mißerfolg der Lausanner Konferenz hätte diese gleiche Zahlung, die im Memorandum nur gerührt habe, bestimmt geleistet werden müssen.

Souveränität von Reichsbahn und Reichsbank.

Der Reichstag betonte ferner die Wiedererringung der vollen Souveränität über die Reichsbahn und die Reichsbank. Ueber die sich daraus ergebenden Fragen werden sich diese Instanzen mit den Treuhändern noch auseinandersetzen. Der Kanzler bejahte sich dann mit dem Vorwurf, daß politische Fragen in Lausanne angeht hätten, ohne daß eine Lösung hierfür garantiert gewesen sei.

Artikel VIII des Versailleser Verdicts.

Sollten die Reparationsfragen fallen, so mußte auch der Vornarrteil fallen, der für die Aufzehrung der politischen Lasten maßgebend war.

Ich bin mir mit Ihnen darüber einig, daß die Kriegsschuldfrage durch die inzwischen geleistete Fortschrittsarbeit in unserer Sinne, politisch entschieden worden ist. Ich bin mir mit Ihnen auch darüber einig, daß die Befreiung des Schuldparagrafen nur durch den Widerruf der Mächte möglich ist würde.

Es war mir auch von einer Reihe von Delegationen zugesagt worden, daß dieser Paragraph mit dem Teil VIII des Versailleser Vertrages als geschlossen betrachtet sei.

Wirtschaftliche Befreiung.

Die Voraussetzung der wirtschaftlichen Befreiung der Welt, zumal da das Entfallen der Reparationen durch das Hoover-Jahr ohnehin eskompiert worden war, ist die Be-

eitigung der Diskriminierungen des Versailleser Vertrages, der auch in Deutschland die geistigen inneren Spannungen heraufgelassen hat. Eine der großen Mächte habe die politischen deutschen Forderungen als völlig berechtigt anerkannt.

In den nunmehr folgenden Verhandlungen sei die Grundlage gegeben, in Genf die Gleichberechtigung auch in der Wehrfrage zu erreichen.

Wesentlich verbesserte Beziehungen.

Während die Presse der Welt die in Lausanne gefundene Lösung als das Ende der Reparationen und den Beginn einer neuen Ära bezeichnet, erscheint das Ergebnis in Deutschland durch den Nachkampf stark verzerrt. Das können wir nicht ändern. Wir werden abwarten, wie sich die Abmachungen auf die Wirtschaft und den deutschen Kredit auswirken. Der Pakt von Lausanne hat die Beziehungen unter den Mächten wesentlich verbessert. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen, die die Reichsregierung nunmehr im Innern in Angriff nehmen wird, und in Uebertragung der Folgen auf die Wirtschaft werden wir die Auswirkungen des Paktes von Lausanne abwarten.

Billigung des Reichskabinetts

Das Reichskabinetts hat den Bericht des Kanzlers über Lausanne entgegengenommen und einstimmig das Verhalten der deutschen Abordnung gebilligt. Das Herriof angebotene Erklärung, daß im Falle einer Nichtratifikation des Lausanner Abkommens der Youngplan wieder in Kraft trete, mit den Vereinbarungen in Widerspruch steht. Bis zur vollzogenen Ratifikation treten die Uebergangsbestimmungen in Kraft, die keinerlei deutsche Zahlungen mehr vorsehen.

Kanzliert einer der sechs Unterzeichnerstaaten den Vertrag nicht, so müßte nach einer ausdrücklichen Erklärung Machtmaths eine neue Konferenz stattfinden.

Im übrigen wird zu den Presseäußerungen, daß Bränting an seinem eufstehenden „Zlein“ festgehalten hätte und weniger nachgiebig gewesen wäre, erklärt, daß noch keine Konferenz international so schlecht vorbereitet gewesen wäre, wie die Lausanner.

Erst während der Konferenz hätten sich unter dem Druck Frankreichs die Gläubigermächte auf eine Abschlußforderung an Deutschland geeinigt, und zwar in Höhe von 3 Milliarden heruntergegangen. Man hätte es für höchst unglücklich, als Bränting mit einem besseren Ergebnis aus Lausanne heimgekehrt wäre.

Das „Gentleman-Agreement“

Die englisch-französische Schuldentombung. — Ungünstig Aufnahme in Amerika. Berlin, 12. Juli.

Nach den Vereinbarungen von Lausanne ist für die Gläubigermächte die künftige Haltung der Vereinigten Staaten in der Frage der interalliierten Schulden von ausschlaggebender Bedeutung. Auf der „Ams-Seite“ für die deutsche Delegation steht in Lausanne zweifellos, das es ihm gelungen ist, eine Verknüpfung der Reparationsfrage mit der Frage der interalliierten Schulden von Amerika zu vermeiden, wie sie von französischer Seite verlangt wurde. Die Gläubigermächte haben aber die Lausanner Verhandlungen zum Anlaß von Abmachungen genommen, über die nichts Ärmliches verlaute, die jedoch nicht lange geheim bleiben konnten, und die in ihrer praktischen Wirkung darauf hinauslaufen, eine Einheitsfront der Schuldner Amerikas zu schaffen.

In Gestalt eines Briefwechsels ist insbesondere zwischen Frankreich und England ein Gentleman-Agreement getroffen worden, in dem festgelegt wird, daß der Lausanner Vertrag erst ratifiziert werden soll, wenn ein Kriegsschuldenabkommen mit Amerika zustande gekommen ist, das keine der großen Schuldnermächte — auch Italien ist an dieser Vereinbarung beteiligt — ein Sonderabkommen mit Amerika treffen sollte, das die Interessen der anderen Schuldner verletzen könnte, und schließlich haben die Schuldner Amerikas ihre zwischenstaatlichen Zahlungen bis auf weiteres suspendiert.

Diese Vereinbarung hat, vom Standpunkt der europäischen Politik aus gesehen, eine positive Seite darin, daß eine starke Annäherung der französischen und der englischen Politik einander erreicht worden ist, aber dieser Gewinn wird mehr als aufgehoben durch die Wirkung der Vereinbarung auf Amerika.

Dort sieht man in der Genfer Abmachung einen Vorstoß gegen Amerika und jedenfalls eine „Einigung Europas“, die von der Verständigung zwischen den europäischen Staaten, wie sie Washington immer gepredigt hat, sehr verchieden ist.

Man hat sich von möglicherweise amerikanischer Seite besitz, in dem letzten Stadium der Lausanner Verhandlungen andeuten, daß Washington zwar bereit sei, mit keinen ein-

jeher europäischen Gläubigern über die Schuldentilgung zu verhandeln, daß aber ein grundsätzliches Abmehren von der Juni-Erklärung Jooovers nicht in Frage kam, in der der Präsident damals wörtlich gesagt hatte: „Ich billige nicht im entferntesten die Streichung der uns geschuldeten Summen“. Man hat allerdings auch in Lausanne und in Genf verständlich zu machen versucht, daß das letzte Wort Amerika von dem Ergebnis der Genfer Abrüstungskonferenz abhängen werde, daß also trotz der betonten Zurückhaltung, zu der man durch die inneramerikanische Situation gezwungen ist, keineswegs alle Türen verschlossen.

Die Nachricht von dem so distinkt behandelten Lausanner „Gentleman-Agreement“ der Schuldnerstaaten muß sich in ihrer Vertiefung der amerikanischen Haltung auswirken, und Deutschland wird nachmal sein müssen, damit nicht versucht wird, uns doch noch in diese neue Verwicklung hineinzuziehen.

MacDonald vor dem Unterhaus

Bericht über das Ergebnis in Lausanne.

London, 13. Juli.

Vor fast vollzählig verammeltem Unterhaus gab der mächtigste Ministerpräsident MacDonald seinen Bericht über die Konferenz in Lausanne. Einleitend erklärte der Minister, er nehme für sich in Anspruch, daß die Konferenz letzten Endes zu einer Regelung der Reparationsfrage führen könne, die an der Wurzel einer jeden wirtschaftlichen Schwierigkeit seit der Beendigung des Krieges liege.

Die Reparationen hätten die Staatshaushalte der einzelnen Länder verfallt, sie hätten im Herzen Europas ein Band in eine finanzielle Lage gebracht, die eine Drohung für die Welt

gebildet sei; sie hätten viel dazu beigetragen, die Wirtschaft der einzelnen Länder in Unordnung zu bringen. Soziale es Reparationen würde keine die Wirtschaft nicht wieder vollständig erholen. Die Herren Abgeordneten möchten sich einmal vorstellen, was geschehen wäre, wenn er ohne ein Abkommen zurückgekommen wäre. Immer wieder seit dem Kriege hätten auf allen Konferenzen die wirtschaftlichen Ergebnisse der Reparationen den Beteiligten ins Gesicht gestarrt.

Er hoffe, daß man als Ergebnis von Lausanne nunmehr das letzte Wort über die Reparationen gehört habe. MacDonald wies auf die Gefahren hin, unter denen die Welt heute in Lausanne. Einleitend erklärte der Minister, er nehme für sich in Anspruch, daß die Konferenz letzten Endes zu einer Regelung der Reparationsfrage führen könne, die an der Wurzel einer jeden wirtschaftlichen Schwierigkeit seit der Beendigung des Krieges liege.

MacDonald sprach dann über die geschichtliche Entwicklung seit der Londoner Siebennächte-Konferenz.

Eine Schwierigkeit habe von Anfang an darin bestanden, daß Deutschland nur Reparationen gezahlt habe. Frankreich als auch England und alle Länder zahlten Kriegsschulden und erlitten Reparationen. Amerika erhalte nun Schuldengattungen, und jede der drei Gruppen weigerte sich die eingegangenen Verpflichtungen mit der Auffassung der anderen Gruppen zu verneinen.

Der Reichsanwalt von Japan, so fuhr MacDonald fort, habe erklärt, daß er sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus unbedingt weigern müsse, eine Verzichtung von Reparationen und Kriegsschulden anzuerkennen. In Washington wiederum sei Europa gelagt worden, daß Amerika die Kriegsschulden nicht vom gleichen Standpunkt aus erwidern könne wie seine Schuldner, die Reparationen erlitten. „Wer aber“, so fuhr MacDonald fort, „sollte sich an Amerika wenden? Der Mittelpunkt war Deutschland, der Mittelpunkt war die europäische Lage.“

Das Gentleman-Abkommen

MacDonald sprach sodann auf die Gerüchte über ein von den Mächten in Lausanne getroffenes Gentleman-Abkommen. Es sei die Antwort auf eine Frage des deutschen Reichsanwalters gewesen, der gefragt habe, ob eine neue Konferenz einberufen werde, falls das Lausanner Abkommen scheitere. „Gewiß“, habe er, MacDonald, geantwortet. Denn was wäre sonst eingetreten? Man wäre wieder zum Youngplan zurückgekommen. Um das zu vermeiden, sei in Lausanne mittels eines Kompromisses ein neues Abkommen getroffen.

Die Behandlung der Kriegsschuldenfrage mit Amerika sei eine sehr empfindliche Stelle. „Ich glaube“, so sagte MacDonald, „daß keine Nation in der Welt mehr gewillt ist als Amerika, Hilfe bei der Beilegung unserer gegenwärtigen Leibel zu leisten.“

MacDonald ging dann auf die technischen Einzelheiten des Lausanner Abkommens über. Die englische Regierung habe gesagt: „Allgemeine Streichung“. Das habe sich aber nicht erreichen lassen, aber es sei erreicht worden, daß Deutschland sich zur Zahlung einer Entschädigung bereit erklärte, und daß damit die Reparationen erleichtert wurden. Das Ende der Reparationen werde der Anfang der Wiederherholung für die englische Industrie sein.

Die Schrumpfung des englischen Außenhandels in den letzten zwei Jahren sei zehnmal so groß gewesen wie die größte zu erwartende Reparationszahlung, und vierzehnmal so groß wie die letzte Jahreszahlung. Auf dem Papier lägen die Reparationen vielleicht sehr flug aus, in der Praxis aber wären sie ungeheuer fiktiv.

MacDonald erklärte, daß die allgemeine Arbeit der Konferenz über die Reparationsfrage hinaus noch fortgesetzt werde und zwar ununterbrochen.

Wir müssen noch die aus dem Kriege übriggebliebene Atmosphäre berücksichtigen. Deutschland muß als eine Nation mit Selbstachtung betrachtet werden, und als eine Nation, die im Rate der Völker befragt werden muß. Deutschland muß in den Rahmen der normalen Beziehungen zwischen den Völkern wieder eingegliedert werden. Ich freue mich, sagen zu können, daß Lausanne uns näher an Frankreich, Frankreich näher an Deutschland und Frankreich und Deutschland näher an uns England her gebracht hat.

Der englische Ministerpräsident schloß seine Ausführungen mit der Bitte um die Zustimmung des Hauses.

Angriffe gegen Englands Politik

Chamberlain antwortet kurz.

London, 13. Juli.

Auf heftige Angriffe Churchills im englischen Unterhaus wegen der Vereinbarungen von Lausanne und der angeblichen Konstellation in England erwiderte Schatzkanzler Chamberlain kurz.

Er könne aber schon jetzt sagen, daß Churchills dem Land einen schiefen Dienst erwiesen habe, als er verurteilt habe, das Vertrauen zu untergraben, das durch die Lausanner Vereinbarungen erwirkt worden sei, und als er angeordnet habe, daß die Regierung unzufriedenweise die Beziehungen mit den Gläubigern Englands schwieriger und unangenehmer gestaltet habe. Denn in Lausanne seien die englischen Vertreter nicht nur mit den anderen europäischen Abordnungen zusammengekommen, sondern sie hätten auch die Möglichkeit zu Unterhaltungen mit den Vertretern der Vereinigten Staaten gehabt.

Kammermehrheit für Herriot

Finanzvorlage trotz Kampfführung angenommen.

Paris, 13. Juli.

Bei der Beratung des Finanzprogramms in der französischen Kammer stellte Herriot bei der Abstimmung über die Gesamtvorlage die Vertrauensfrage. Er erhielt mit 308 Stimmen der Radikalfractionen, der Linksradikalen, der Unabhängigen Linken und der Gruppe Fremden gegen 177 Stimmen der Sozialisten und Kommunisten, bei Stimmenthaltung von 125 Abgeordneten der äußersten Rechten eine Mehrheit von 133 Stimmen.

Die Beratungen vollzogen sich in allgemeiner Kampfführung. In den Wandelgängen fragte man sich belagert ob es Herriot gelingen würde, das Zentrum und die gemäßigte Rechte für sich zu gewinnen und es ist ihm ein gewisses Ausmaß an Erfolg gelungen. Die Schwierigkeiten geraten würde. Erst als der ehemalige Finanzminister Flandin erklärte, daß er und seine Freunde für die Regierung stimmen würden, was das hinderns beseitigt. Die Stimmen eines Teiles der bisherigen Minderheit hat Herriot ausschließlich seiner Kampfführung gegen die Sozialisten in der Referentenfrage zu verdanken. Wenn man ihm heute vorwirft, offensichtlich die Vertrauensfrage zu stellen, so ist das nicht zu tadeln, sondern zu loben, als die Haltung Leon Blums während der Lausanner Konferenz Herriot außerst verstimmt hat. Das Finanzprogramm, so wie es jetzt von der Kammer verabschiedet worden ist, ähnelt nur sehr wenig dem vom Finanzausschuß eingebrachten Plan und noch weniger der Originalvorlage der Regierung, die über 4½ Milliarden Einparungen und Steuererhöhungen vorsah.

Infolge der Einparungen der Referentenabstimmungen verringern sich die Einparungen um 120 Millionen Franken. Da auch die von der Regierung vorgeschlagene Kapitalsteuer, die 300 Millionen Franken einbringen sollte, keine Mehrheit fand, ist der Finanzplan mit fast einer halben Milliarde belastet. Die Erhöhung der Einkommensteuer wurde hingegen durch mehrheitlicher Ausprache mit 396 gegen 101 Stimmen angenommen.

Das Reichskabinett an der Arbeit

Innenpolitische und außenpolitische Aufgaben.

Berlin, 13. Juli.

Durch die Berichterstattung des Reichsanwalts von Papen über Lausanne und das Referat des Reichsfinanzministers von Graf über die Entwässerung der Innenpolitischen Lage in den beiden ersten Sitzungen des Reichskabinetts nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus Lausanne ist in beiden vorbereitend für die Arbeiten, die das Reichskabinett in der letzten Woche und weiterhin ständig beschäftigen werden.

Auf innenpolitischem Gebiet wird zunächst der Gedanke eines großen Aufbauprogramms erörtert, an dessen Spitze das Problem des freiwilligen Arbeitsdienstes steht. Die außenpolitischen Erörterungen, die mit den innenpolitischen Arbeiten parallel gehen, gelten der Vorbereitung für die entscheidende Aussprache auf der Genfer Abrüstungskonferenz.

Die Besprechungen mit Hindenburg

Außer dem Reichsanwalt, der heute abend zum Reichspräsidenten fährt, wird auch Reichsinnenminister von Graf nach Meudon fahren. Man kann daraus schließen, daß außer den Lausanner Verhandlungen auch die innenpolitischen Verhältnisse zur Besprechung kommen, man wird wahrscheinlich die Zustimmung des Reichspräsidenten zu wichtigen Entscheidungen der Reichsregierung einholen müssen.

Diese dürften vor allem auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, und zwar der Siedlung und des Arbeitsdienstes liegen. Man denkt daran, möglichst alle arbeitsfähigen Deutschen in bestimmten Altersgrenzen durch geeignete Maßnahmen zu dem freiwilligen Arbeitsdienst heranzuziehen. Auch die Lage in Preußen dürfte mit dem Reichspräsidenten besprochen werden.

Der Aufbau des Arbeitsdienstes

Dr. Goerdeler gegen Inflation.

Leipzig, 13. Juli.

Der frühere Reichskommissar für die Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Leipzig, führte in einem Vortrag über die Arbeitsdienstpflicht aus, bis Ende dieses Jahres würden noch 200 000 im Arbeitsdienst Beschäftigung finden. Die dazu notwendigen Mittel würden 50 000 000 RM. betragen; davon seien 40 000 000 greifbar. Alle Experimente, den Arbeitsdienst mit Hilfe inflatorischer Geldmaßnahmen durchzuführen, müßten fiktiv abgelehnt werden.

Ueber den Ausbau des Arbeitsdienstes führte Dr. Goerdeler aus, es sei empfehlenswert, wenn Erwerbslose zwischen 18 und 30 Jahren grundsätzlich zum Arbeitsdienst verpflichtet würden. Die Dienstpflichtigen seien in Gruppen von nur 20—40 Mann zusammenzufassen. Die Führer dieser Gruppen hätten aus der Arbeitsdienstpflicht selbst herorzugehen. Der Dienst habe sich nicht allein auf die Arbeit, sondern auch auf die geistige Erziehung, auf disziplinierte körperliche Bewegung zu erstrecken. Die monatliche Seite der ganzen Frage liege die durchaus entscheidende. Die vorzunehmenden Arbeiten müßten allgemein volkswirtschaftlichen Nutzen haben.

Nein neues Uniformverbot

Wels und Breitfeld beim Reichsinnenminister.

Berlin, 13. Juli.

Amlich wird mitgeteilt: „Der Reichsminister des Innern empfing die Vorstandsmitglieder der SPD, die Abgeordneten Wels und Dr. Breitfeld, die dem Minister das von der Partei gesammelte Material über die politischen Zusammenhänge der letzten Zeit überreichten. Die Herren machten weiter darauf aufmerksam, daß die Lage in Deutschland im Augenblick als besonders ernst anzu sehen und fernerer Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit, insbesondere stellen sie die Wiedereinführung

Tag nach Menschen

ROMAN VON HANNS HEIDSECK

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der große Übersee-Dampfer hatte den Hamburger Hafen verlassen. Es war noch Nacht. Aber schon dämmerte es ganz unmerklich.

Die See lag ruhig. Das Schiff glitt ohne das geringste Schwanen auf seiner Bahn dahin.

Doktor Konrad Honsbrud war in seiner Kabine angekommen. Er hatte so sehr geschlafen, daß er sich erst befinden mußte, wo er sich eigentlich befand.

Was es wirklich sein Traum, daß er jetzt auf dem Ocean schwamm, als Sekretär und Begleiter einer der berühmtesten Schauspielerinnen?

Wahrlich ein romanhaftes Abenteuer. Was würde wohl daraus werden?

Er dachte über sein Schicksal nach. Sein Leben war eine große Melancholie. Oben hatte sie angefangen — dann ging es bergab mit ihm, immer bergab — und nun auf einmal schien ihm die Welle wieder zur Höhe spülen zu wollen.

Christa Colta nahm einen starken Anteil an seinem Schicksal. Warum nur? Sollte ihr vielleicht das jemals verzeihen, daß sie ihm ihre Ausbildung verdankte, so daß sie sich jetzt ernstlich zeigen wollte? Welchen Anteil konnte sie sonst an ihm, dem Krüppel, nehmen?

Er sann und sann darüber nach, ohne zur Klarheit kommen zu können. Heute noch wollte er sich von ihr den Verlust ihrer Ausbildung erzählen lassen — dann würde er schon dahinterkommen, ob sie etwas wußte, oder nicht. — Er schloß noch einmal ein. Als er wieder erwachte, er hob er sich sofort.

Am Frühstückstisch lud er betroffen zurück, als er Christa mit einem anderen Herrn an einem Tisch sitzen sah. Sie erob sich und kam ihm lächelnd entgegen. Auch der Herr war sofort aufgefallen. Christa stellte ihn vor:

„Graf de Neune! sagte sie, „ich war sehr überrascht, ihn heute morgen auf diesem Schiff zu begegnen.“ — Dieses ist mein neuer Privatsekretär, Doktor Honsbrud, Herr Graf. Meine rechte Hand. — Sehen Sie sich, lieber Doktor!

Honsbrud hatte eine etwas listige Verbeugung gemacht und nahm nun gleichfalls am Tisch Platz. Er hob die Hand in der Graf ihm mit fragenden und hinteren Blicken beachtete.

Das nun beginnende Gespräch mußte von Christa krampfhaft im Gange gehalten werden, wenn es nicht einschlafen sollte. Man unterhielt sich über ganz allgemeine Dinge.

„Aber was dieser Graf de Neune? fragte sich Honsbrud, er hatte doch keinen Namen irgendein schon gehört! hatte nicht Christa einmal bei ihm gewohnt, — damals, als sie so lange verheiratet war?“

Zweifellos handelte es sich um diesen Herrn. Aber was wollte er hier? Wie kam er auf das Schiff? Was das Wichtigste oder Zufall? Trotz ihrer vornehmen, impotanten Erscheinung muß ihm der Graf etwas lächerlich vor — er war ihm im höchsten Grade unangenehm, ohne daß er sich darüber Rechenschaft hätte abgeben können, wozu das lag.

Immerhin schien dieses Gefühl auf Gegenseitigkeit zu beruhen, das merkte er an dem ganzen Benehmen dieses Franzosen, dessen Lebenswürdigkeit ihm nur veraltete Trönie zu sein ließen.

Honsbrud war froh, als man sich erhob und Christa sich mit der Entschuldigung dem Grafen empfahl, sie habe mit ihrem Sekretär eine wichtige Angelegenheit durchzusprechen, die sie heute noch nach Europa zurückführen müsse.

Der Graf blinnte ihr befremdet nach. Er lächelte damit geredet zu haben, daß man noch länger zusammenblies.

Christa ging, von Honsbrud gefolgt, in einen kleinen Seiten Salon. Hinter sich schloß sie die Tür.

„Wie gefällt Ihnen der Graf?“ fragte sie unvermittelt. Honsbrud war durch die Wichtigkeit dieser Frage so überrascht, daß er nicht sofort antworten konnte. Er fragte dagegen:

„Ist das der Herr, bei dem Sie damals in Frankreich Ihre Zukunft fanden?“

„Ja, ich habe ihm viel zu verdanken.“

„Wie kommt er auf dieses Schiff?“ fragte Honsbrud in einem Ton, der sie aufhorchen machte. Zugewendet in den Art dieser Frage verzirrte sie.

„Er hat in den Zeitungen von meiner Tournee nach Amerika gelesen und ist mir nachgefolgt, zumal er schon lange, wie er behauptet, seinen Bruder wieder besuchen will.“

„Der Graf scheint viel Zeit und Geld zu haben“, bemerkte er.

„Ja. Er hat beides. Vor allem aber hat er sein Herz für mich entbrennt.“ Er verfolgte mich bereits seit Jahren mit seinem Antrag.“

„Er verfolgt Sie mit seinem Antrag?“ wiederholte Honsbrud mechanisch, in sein Leere blickend.

Christa wuschelte sich mit einem zierlichen Seidentuch über die Stirn. Dann blickte sie ihn groß und fragend an, als ob sie aus seinen Augen etwas ablesen wollte.

„Was meinen Sie — wäre das wohl ein Mann für mich?“ kam es ihr impulsiv über die Lippen, wobei sie das Gefühl, daß sie ihm übernahm, so daß er den spöttlich-selbstischen Zug um ihren Mund nicht lag.

Honsbrud zwang zusammen.

„Das müssen Sie selber wissen“, sagte er kurz und schroff, wobei er starr auf die Muffen des Teppichs blickte. In seiner sonst so melodischen Stimme hatte ein ihr bisher ganz unbekannter, metallener Klang geblasen.

Langsam wandte sie ihm ihr Gesicht zu.

„Ich habe ihn stets abgemieden und werde ihn auch weiter abweisen“, nahm sie wieder das Wort. „Ja — ich möchte Sie sogar bitten, ihn mir nach Möglichkeit vom Leibe zu halten.“

Honsbrud schaute sie groß an. In seinen Augen lag ein eigenartliches Leuchten.

„Ich werde mich bemühen!“ sagte er, und nun lag wieder der alte melodische Klang in seiner Stimme.

Am nächsten Tage war abends im großen Speisesaal, den man ausgedrückt und mit frischen Blumen prächtig geschmückt hatte, Reunion.

(Fortsetzung folgt.)

des Uniformerboths als notwendig hin. Der Minister er-
klärte, daß er Provoationen, von welcher Seite sie auf-
kämen, mißbilligt, und es auf das äußerste bedauere, daß
es infolge solcher Provoationen zu blutigen Zusammen-
stößen gekommen sei. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und
Ordnung sei jedoch zunächst Sache der Landesbehörden. Das
Reichsamt werde, nachdem namentlich der Reichstagsrat
zurückgekehrt sei, zu der innerpolitischen Lage abseits Stellung
nehmen. Die Wiedereinführung des Uniformerboths
sehe der Minister ab.

Deutschnationale fordern Eingreifen in Preußen.

Berlin, 13. Juli.

Wie verlautet, hat der Vorsitzende der deutschnationalen
Fraktion des preussischen Landtags, von Winterfeld, in
einer Unterredung mit dem Reichsanwalt von Bapen heute
angekündigt, die Vorgänge in Ost- und anderen Orten schärf-
stes Eingreifen der Reichsregierung in Preußen wegen der
immer bedrohlicher werdenden Bittarrestsnotlage gefordert.

Kampf um die Überwachungsanstalt

Einberufung am 22. Juli.

Am Zusammenkunft mit der Einberufung des Über-
wachungsanschlusses des Reichstags wird beauftragt,
daß der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr. Pfe-
ger (Bayer. Wp.) den Reichstagspräsidenten schriftlich
und telegraphisch auf das dringende ersucht hat, das
Verhalten des Vorsitzenden, Abg. Straßer (Nat.-Soz.),
durch den Einberufungsauftrag an das älteste Mitglied
des Ausschusses klärend zu machen. Gleichzeitig soll
Dr. Pfeleger die Meinung vertreten, daß der Ausschuss
seiner Pflicht habe, einen Vorsitzenden, der seine
Pflichten so gravitätisch verlehrt, abzuberufen.

In einem Schreiben des Reichstagspräsidenten Ebe
an den Ausschussvorsitzenden wird es als ein völlig
unzulässiger Zustand bezeichnet, daß der Ausschuss
einmal außer Kraft gesetzt wurde.
Ebe erklärt, er habe deshalb das älteste Mitglied des
Ausschlusses ersucht, die Einberufung zu veranlassen. Er
werde auch darum bitten, daß der Antrag des Abgeord-
neten Dr. Pfeleger auf Abberufung des Vorsitzenden und
Wahl eines neuen Vorsitzenden auf die Tagesordnung ge-
setzt werde. Ebe bedauert, daß der Vorsitzende den Ein-
druck erweckt hätte, als sei er zur Einberufung des Aus-
schlusses bereit.

Am Einberufen mit dem Reichstagspräsidenten hat
namentlich das älteste Mitglied des Ausschusses, Abgeord-
neter Schmitt, die Einberufung des Ausschusses (Soz.)
den Überwachungsanschlüssen auf Freitag, den 22. Juli,
einberufen.

Die kommende Weltwirtschaftskonferenz

Völkerverband trifft die Vorbereitungen.

Genf, 13. Juli.

Der Generalsekretär der Lausanner Tributkonferenz,
Sir Maurice Hankey, hat dem Generalsekretär des Völker-
bundes im Auftrage des Präsidenten der Lausanner Kon-
ferenz, MacDonald, ein Schreiben mit der Entschliessung der
Lausanner Konferenz übermittelt, nach der der Völkerbun-
derrat die Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten und einberufen
soll. Nach der Lausanner Entschliessung soll ein Sonderaus-
schuss eingesetzt werden, in den der Völkerbundsrat
drei Finanz- und drei Wirtschaftssachverständige entsenden
soll. Dieser Ausschuss soll mit größter Beschleunigung die
endgültige Tagesordnung und das gesamte Arbeitspro-
gramm der Weltwirtschaftskonferenz festlegen.

Die Bestimmung des Tagungsortes der Konferenz bleibt
dem Völkerverband überlassen, jedoch besteht allgemein die
Ansicht, daß die Konferenz im Oktober oder November
in London stattfinden soll, da nach allen bisherigen Er-
fahrungen internationale Konferenzen in der Genfer Völker-
bundsatompatie von vornherein zum Misserfolg verurteilt
sind.

Memelprozess im Haag

Schlechte Aussichten für Litauens Rechtsanspruch.

Haag, 13. Juli.

Der Ständige Internationale Gerichtshof trat in öffent-
licher Sitzung zusammen, um sich nach Ablegung des von
Litauen erhobenen Einspruches der Nichtzuständigkeit mit
den Punkten der Memelfrage zu beschäftigen. Die sich auf
die Einlegung des Direktoriums Simaltis und die Auf-
lösung des Memelländischen Landtags beziehen.

Der französische Vertreter Gargéard erklärte,
daß sowohl die Einlegung des Direktoriums Simaltis, dessen
Zusammensetzung darauf gerichtet gewesen sei, ein Miß-
trauensvotum des Landtags zu erzielen, wie auch die dar-
aufhin erfolgte Auflösung des Memelländischen Landtags

Verlegungen des Memelstatuts

darstellen. Er hob weiter hervor, daß der Gouverneur des
Memelgebiets nicht bezeugt gewesen sei, den Präsidenten
Wittiger seines Amtes zu entsetzen, und

daß die im Verfolg einer unrechtmäßigen Entlassung
Völkerversammlung die Einlegung des Direktoriums Simaltis
ebenso wie die Auflösung des Landtags unrechtmäßig
gewesen sei.

Der englische Vertreter Sir William Malin vermis-
st das Ergebnis der Abstimmungen zum Memelländischen
Landtag als Beweis dafür, daß der vorjährige Landtag bei
der Ablegung eines Mißtrauensvotums für das Direk-
torium Wittiger entsprechend dem Willen der Bevölkerung
gehandelt habe.

Er stellte weiter fest, daß der Gouverneur des Memel-
gebietes daher sowohl bei der Einlegung des Direktoriums
Simaltis wie auch bei der Auflösung des Landtags seine
Bezugnahme überdrüssig habe.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kemberg, den 13. Juli 1932

* Am Montag fand in Wittenberg der diesjährige
Kreisrat statt. In ihm wurde der Haushaltplan mit
18 Stimmen angenommen, in der Einnahme mit 1 065 000
RM und in Ausgabe mit 1 262 000 RM abschließt, es
verbleibt also ein Fehlbetrag von 197 000 RM, der durch
weitere Einsparungen gedeckt werden soll. — Für die Ver-
setzung der Landratsstelle wird mit 18 Stimmen Regierungs-
rat Holz der Preussischen Regierung vorgeschlagen, die
NSDAP hatte Vortagung bis nach der Wahl vorgeschlagen.

— Von Seiten der SPD wurden Vorträge eingebracht, die
sich mit der Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose, mit Be-
mühen um Sonderunterstützungen und mit der Auf-
hebung der letzten Reichsnotverordnung für den Kreis be-
schäftigten. Während der Verhandlungen erschien mit Wust
ein Demonstrationstrupp die SPD, forderte unter Hinweis
auf diesen Antrags von Vertretern der Erwerbslosen,
Landrat Holz lehnte dies grundsätzlich ab, auch wurde die
Beratung über die Vorträge der SPD, als ungeschicklich ab-
gelehnt. — Als Vertrauensmann für die Auswahl der
Schöffen wurden für den Amtsgerichtsbezirk Kemberg ge-
nähmt: Maurerpolier Liebmann, Anwalt Arbetter Lorenz,
Ludwig, Senator Nitsche-Kemmer, Lehrer Friedrich Ver-
gus, Gemeindevorsteher August Nitschmann, Landwirt Geisler,
Zwick, Landwirt Scheibe-Walden, als Schiedsmann für
den 13. Bezirk Landwirt Wilhelm Möbius-Wenden, als
Sachverständiger gemäß § 2 des Reichsheimstättengesetzes
der Invalide Walter Beer-Kemmer. — Zinsverbilligung
für die gemährten Wohnungsbaukrediten. Die bisher ge-
nährte Verbilligung der Zinsen auf 3% wird bis zum
31. März 1935 beibehalten. Überhaupt der Tagesordnung
machte der Vorsitzende dann noch einige Ausführungen über
die Siedlerangelegenheiten. Bis zum 30. 6. sind von 204
Siedler Anträge auf Ermäßigungen eingegangen, davon
ist 146 stattgegeben, 37 sind abgelehnt, 21 Anträge sind
nicht abgeschlossen, davon ist nachträglich 12 Anträge statt-
gegeben. Vom Kreisrat wurde ein Zwangsversteigerungs-
bescheid, zwei von privaten Seite. Zwei weitere Anträge
sind aufgehoben. — Am Kreisparlament hat in mehreren
hundert Fällen Zinsverbilligung durchgeführt. Es ist also
alles gegangen, was möglich war, um den Siedlern zu
helfen. — Nach dem noch von kommunikativer Seite mehrere
Einsprüche erhoben wurden, die aber die Mehrheit ent-
schieden zurückwies, fanden die Verhandlungen um 3.20 Uhr
ihre Ende. — Der Verlauf des Kreisrates, der sich zeitweise
recht kritisch gestaltet wurde, wurde durch die geschickte und klare
Geschäftsführung sicher gestellt.

* In letzter Zeit mehren sich die Diebstahlsfälle in
unserer Gegend. Es vergeht kaum ein Tag, an dem
nicht irgend etwas fehlt. Wir möchten an dieser Stelle
allen Wadenden den Rat geben, seine Wertgegenstände bei
sich zu führen, oder aber diese bei dem Bademeister in
Verwahrung zu geben. Bei meiterem Ausbleiben dieser
Unachtsamkeit dürfte sich die Einrichtung eines verschließbaren
Garderobertraumes erforderlich machen, dessen Veranschlagung
dem Bademeister überlassen werden könnte.

* Die hiesige Schützengilde beteiligte sich am Sonntag
am Schützenfest in Gräfenhainichen. Beim Preischießen
konnte unser unter dem Namen „Carl der Feuerlöcher“ an-
tretende Schützengilde Karl Burdardt den 1., 3., 4., 7. und
9. Preis erringen. Den 20. Preis errang Gustav Knaf.
Wir gratulieren zu diesem schönen Erfolg.

* Morgen Donnerstag bezieht der Krieger- und Land-
wehrverein im Schützenhaus sein Stiftungsfest durch
Gartentanz, Kinderfest und Ball, außerdem findet auf
dem Schießstand der Schützengilde ein Preischießen für
die Mitglieder des Vereins statt. Wir wünschen der Ver-
anstaltung bei schönem Sommerwetter einen guten Verlauf.
(Siehe Anzeige in heutiger Nummer)

* Die Städtefeuerlöcher der Provinz Sachsen in Verle-
burg hat auf Antrag des Magistrats zur Anschaffung neuer
Uniformen für die hiesige Freiwillige Feuerwehr eine Be-
hilfe von 476 RM gefordert. Dadurch ist sowohl unserer
Freiwilligen Feuerwehr als auch der Stadtverwaltung die
dringende nötige Neuuniformierung wesentlich erleichtert worden.

* Der Verein „Dübener See“ hielt am Sonntag, den 3.
Juli in Dübener eine erweiterte Vorstandssitzung ab, an der auch die
Kemberger Ortsgruppe teilnahm. Der Vorsitzende, Gebier
Friedrich-Dübener, erbat einen Jahresbericht über die
Tätigkeit des Vorstandes und stellte als Leitmotiv des Vereins auf:
„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Als Zeitpunkt für das in Preß-
burg stattfindende Festfest wurde der 28. August bestimmt. Anzuerst
wurde die Herausgabe eines Führers durch die Seebe durch den
Sauptverein, für den auch schon Vorarbeiten geleistet sein sollen,
weiter wurde verhandelt über Verbringung von Schildern an Gar-
tstätten, Einrichtung von Wärdern, Jugendherbergen. Weiter
die Verhandlungen mit den Oberförstern betrieht Hofbesuch
und Fischerei-Besuch. In mehreren Verhandlungen mit
jedem einzelnen Oberförster konnte es endlich die Grundlagen schaffen,
die für die Beschaffung der Seebege namentlich Geltung haben
sollen. Hierbei ist erwähnenswert, daß grundsätzlich alle „nicht
öffentlichen“ Wege dort, wo Schützenvereine in 3. Handrange nicht
empfohlen bzw. markiert werden. Das ist es sich recht bedauerlich,
wird aber mit der Höhe des Wildes begründet. Leider läßt noch
nicht jeder Besucher der Seebe die nötige Rücksicht gegen unser Wild
nehmen. Bei der Erziehung des Nachwuchses ist jedes Natur-
freundes erforderlich, damit die Seebe auch in allen ihren Teilen
später freigegeben werden kann. Die Ortsgruppen sollen sämtliche
Merkmalen namentlich dem Hauptort angeben. Aus
neuem Verhältnis ist eine Gebietskarte zusammengestellt worden,
in die sämtliche Wärdern namentlich so wie sie namentlich Geltung
haben, eingetragen sind. Einzelne bemerkenswerte Punkte können
noch zur Einzeichnung angegeben werden. Darauf erhaltete Gebier-
freund Hans-Georg Verbitz über eine geplante Wegekarte für

das Gebiet der Dübener See, die im Flüssenbrand hergestellt
und einen künstlerischen Wert haben soll. Über den Wert einer
solchen Karte war man sich bald klar, über die Finanzierung noch
nicht ganz. Gebier hat seine Erklärung, daß er eine solche Karte,
da er Spezialist auf diesem Gebiet sei, unentgeltlich bis zum
Bestehen in Bad Preßburg herstellen werde. Die Angelegenheit wird
beschlüsselt. Zum Schluß wird die Preisfrage behandelt und
der Verkauf gefordert, das bis zum September am 28. August ein
Bestellenschein von mindestens 100 RM vorzulegen sein muß. — Im
Anschluß an diese Verhandlungen hielt die hiesige Ortsgruppe am
Sonntag ihre Versammlung im Schützenhaus ab, in der der
Vorsitzende, Gebier Friedrich, einen Bericht über die Dübener
Tage gab. Die von dem Hauptverein vorgeschlagene Besetzung
einer Karte wurde einer kritischen Prüfung unterzogen, wobei zum
Ausdruck kam, daß diese in einfacher Form mit einem Verbotswort
gedruckt werden soll, der teilweisen an die Interessenten abgegeben
werden soll. — Maßnahmen wurden in den Verein einige neue
Mitglieder. — In der Aussprache wurden verschiedene Wünsche
vorgeschrieben, deren Ausführung allerdings dem Verein bei be-
schränkten Mitteln nicht möglich ist. So wurde vor allen Dingen
angeregt, wie in früheren Jahren wieder Wärdern aufzustellen,
am Wärdern Gelegenheit zum Wärdern zu geben, ferner einen Fuß-
weg der Schützengilde errichten nach Preßburg zu bauen und
diesen mit Bänken, dem alten Kemberger Wärdern, zu be-
pflanzen. In der Wohnungsnachfrage wurde angeregt, diese
durch den Magistrat vornehmen zu lassen und außerhalb der Dienst-
stunden eine Liste der freien Wohnungen in Preßburg auszugeben.
Bürgermeister Gebier teilte mit, daß er mit dem Mitteldutschen
Rundfunk Verhandlungen über einen Werbevertrag führt. — Al-
gemein wurde der Wunsch laut, daß sich noch mehr Kemberger
Bürger an der Vereinsarbeit beteiligen müßten, denn der Jahres-
beitrag von nur 1.— RM ist im Verhältnis zu den Aufgaben zu
gering, daß er von jedem getragen werden kann.

Bad Schmiedeberg. Das altbekannte große historische
Margarethenfest, das diesmal zur 500-Jahrfeier des Einmars
Kurfürst Friedrichs des Sanftmütigen und seiner Jung-
fermahn Margarethe in besonders großzügiger Weise
ausgestaltet ist, findet am nächsten Sonntag, den 17. Juli,
statt. Der ca. 300 Personen in freier historischen Trachten,
große Reitergruppen und zahlreiche Festwagen aufreisende
Festzug beginnt mittags 1 Uhr. Um den Besuch des Festes
zu erleichtern, ist für Wittenberg und die übrigen an der
Strecke liegenden Stationen ein Sonderzug eingelegt, der
in Wittenberg um 11¹⁵ abfährt und in Bad Schmiedeberg
um 12¹⁵ eintrifft. Abends fährt ebenfalls ein Sonderzug:
Bad Schmiedeberg ab 21¹⁵, Wittenberg an 22¹⁵. Trotz
der schweren wirtschaftlichen Lage hat der Margarethen-
verein, der Pfleger dieser althistorischen Tradition, gemagt,
das Fest durchzuführen und er hofft, daß dasselbe eine
altbekannte Zugkraft wieder ausübt und man gern der
Einladung folgen wird: Besuch am Sonntag, den 17. Juli,
Bad Schmiedeberg.

Seegräbna, 12. Juli. (Morb.) Der Oberstaatsanwalt
in Torgau erläßt eine Befanntschaftung, in der es u. a.
heißt: Am 10. Juli 1932 gegen 21 Uhr wurde im Haus-
hof bei Seegräbna die Leiche des am 12. März 1903 in
Seegräbna geborenen und in Seegräbna wohnhaft gemessenen
Arbeiters Otto Thiem aufgefunden. Die Leiche weist
mehrere Verletzungen durch Schüsse und an der Stirn eine
Verletzung mittels eines stumpfen Gegenstandes auf. Thiem
ist zuletzt am Donnerstag, den 7. Juli 1932, gegen 24 Uhr
in Seegräbna eingetroffen worden. Nach der Art der Ver-
letzungen muß unbedingt Mord vorliegen. Nach den Fest-
stellungen scheint Thiem kurz vor seiner Ermordung im
Haushof noch gegangen zu haben. Bei dieser Beschäftigung
wird er vermutlich ermordet worden sein. Für Mitteilungen
aus dem Publikum, die für die Ermittlung und die Über-
führung des Täters dienlich sein können, hat der Regierungs-
präsident in Verlebung eine Belohnung in Höhe von 300
bis 500 RM in Aussicht gestellt. Sachdienliche Angaben
sind zu richten an den Oberstaatsanwalt in Torgau, an
die Landes kriminalpolizeistelle Halle a. S.) Wortkommission
Halle in Seegräbna oder an den Landjägerposten in Verwig.

Kämmern. Auf der Benburger Landstraße
führ ein Motorrad mit Beiwagen infolge Unachtsamkeit
gegen einen Baum. Die Insassen stürzten heraus und
wurden schwer verletzt.

Personenwagen unter dem Juge.

Erfurt. Am Sonntag, gegen 15.30 Uhr, wurde vom
Personenwagen 930 auf der Straße Wartburg-Zentrum ein
Lehrer beim Dorf Frankentaube ein Personenauto
vom Juge erfasst und hart beschädigt. Das Auto wurde
von einem Herrn David Nidel aus Mühlhausen gesteuert,
der von Frau und zwei Kindern begleitet war. Angeblich
ist der Fahrer und ein Kind leicht verletzt worden. Die
Schuldfrage ist noch nicht ermittelt.

Bretha (Ar. Bitterfeld). Am nicht geschlossenen
Bahnhöferring umweil des Bahnhöfes der Straße
Delfisch-Bretha wurde der Motorradfahrer Schenck
aus Rosenfeld (bei Torgau) von dem aus Halle kom-
menden Fern-D-3ug Nr. 3 erfasst und beschleunigt ge-
schleudert. Der auf dem Zustütz mitfahrende elfjährige Sohn
Prang im letzten Augenblick ab und kam mit dem
Schrecken davon. Schneider wurde schwer verletzt. Das
Unfall soll durch die Unachtsamkeit des Bahnhöfers
berusacht worden sein, der die Schranke nicht geschlossen
hatte. Er wurde sofort vom Dienst abgelöst.

Schöningen. Drei Kinder in einer Sonngrube
ertrunken. In einer mit Wasser gefüllten Sonngrube
stippen am Freitagmorgenmorgen, auf denen sich drei
Kinder im Alter von 5 bis 12 Jahren vergnügten, um. Die
Kinder fielen unmerklich ins Wasser und ertranken. Bis
hest konnten erst zwei Leichen geborgen werden.

Wozu die Not treibt.

Döbnitz (Ar. Neubrandenburg). Die Not der Zeit
zwingt jetzt mehr Personen als früher, mit auf die ab-
geräumten Felder zur Nadelje zu gehen. Besonders die
Kartoffelfelder werden von Schären armer Leute besucht.

Ein Kopf ist zerbrochen und soll geheilt werden — studieren Sie den neuen Schwarzkopf-Prospekt „Kopf zerbrochen“

den Sie in jedem Fachgeschäft kostenlos bekom-
men! Dieser Prospekt sagt Ihnen auch, wie und warum
„Haarglanz“ unentbehrlich für Ihre Haarpflege ist.
„Haarglanz“ strafft das erweichte Haar nach der
Kopfwäsche und neutralisiert es. Dadurch wird das
Haar glänzend, elastisch und bleibt gesund und schön.

„Haarglanz“ fettet nicht, er ist auf die Struktur des Haares
abgestimmt und kann durch Zitronensaft- und Essig-
spülungen nicht ersetzt werden. — „Haarglanz“ liegt
jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Pak-
kung 20 Pfennig, grüne Extra-Packung und
Extra-Blond mit Schaumbillie 20 Pfennig.



SCHWARZKOPF-HAARPFLEGE

vollkommen durch „Haarglanz“

die man auch, solange sie sich ruhig verhalten, gewähren läßt. In der hiesigen Gemarkung erlitten aber so viel Drückstoffe, daß nur den Einheimischen das Nachsehen gestattet wurde. Die Drückstoffe eine drohende Haltung einnehmen, findet das Nachsehen eine unter politischem Schutz hat.

Burg. Beim Räumen einer Dungsgrube wurde der Arbeiter Schmidt von giftigen Gasen befallen. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Schwerer Motorradunfall eines Ehepaares.

Halle. Ein Ehepaar aus Halle erlitt auf der Wannfelder Landstraße einen schweren Motorradunfall. Der Mann verlor in einer Kurve die Gewalt über das Fahrzeug, ein Motorradfahrer. Die Maschine stürzte um, wobei die Eheleute auf die Straße geschleudert und schwer verletzt wurden. Sie wurden ins Quedlinburger Krankenhaus gebracht. Der Sohn der verunglückten Eheleute war in letzter Minute abgeprüngt und kam ohne Verletzungen davon.

Zwei Motorradfahrer tödlich verunglückt.

Wetterhausen (Kr. Quedlinburg). Auf der Motorradfahrt von Wetterhausen nach Börde verlor der 22-jährige Bruno Fischer die Gewalt über seine Maschine, die in voller Fahrt gegen einen Baum kassete und dann die Straßeneinfahrt eines Hauses. Fischer konnte kein Signal der Steuerer Erich Amke, wurden so schwer verletzt, daß sie gleich darauf verstarben.

Vertagte Vergleichstermine bei Junkers.

Die Gläubiger haben nunmehr auch der Vertagung des Termins, der das Vergleichsverfahren im Konzern des Prof. Dr. Junkers betrifft, auf den 19. August zugestimmt. In der Verammlung wurden die Auskünfte erörtert, die zu einer Lösung im Interesse der Gläubiger führen könnten. Die Situation ist insofern besser zu beurteilen, als große Werte in der Fortführung, in den Utensilien und Patenten vorhanden sind.

Der Termin für Vergleichsverfahren der Junkers Heeres-Technik-G. m. b. H. ist auf den 10. September verlegt worden.

Professor Junkers Besuch in Kassel.

Professor Junkers stattete mit einigen Herren der Dessauer Unternehmungen den Besuchsvorlesern in Kassel einen Besuch ab. Der Besuch war eine persönliche Einladung und wurde als eine Art von Besichtigung der tatsächlichen Verhandlungen über ein etwaiges Zusammengehen von Junkers und Junkers anlässlich der Reorganisation der Junkersbetriebe befinden sich noch im ersten Stadium. Allen bisherigen anderslautenden Mitteilungen stehen sowohl die Junkers', als auch die Junkerswerke fern. Die letzte Aussprache hat ergeben, daß eine beschleunigte Weiterführung der Verhandlungen bereits als zweckmäßig erachtet wird. Zur weiteren Aussprache über gemeinsam interessierende technische Fragen ist ein Gegenbesuch in Dessau in Aussicht genommen.

Wanzenburg. Braunschweiger Herzogsplatz als Samariter. Der Kraftwagen des Herzogs zu Braunschweig passierte auf der Rückfahrt nach Wanzenburg eine Straßenecke, an der sich eben ein schweres Unglück ereignete hatte. Ein Motorradfahrer war mit einem Radfahrer zusammengefahren und dadurch schwer

getötet. Der Radfahrer war verschwunden, ohne sich um den Schwerverletzten zu kümmern. Unter den Händen des erlöse Hilfen leistenden Herzogspaars verlor der Verunglückte. Das schwer beschädigte Rad, der Mitfahrer und der tote wurden von dem Herzog in seinem Auto nach Wanzenburg gebracht, wo der Mitfahrer noch 30 M. für die Heimfahrt erhielt.

Zur Verhaftung des Banditenführers Seiffert.

Dessau. Im Zusammenhang mit dem Fall Günther-Marsahn (Beschuldigung von Landtagsabgeordneten) und der Verhaftung des Anhaltischen Salzwebers wurde bekanntlich der Berliner Banditenführer Will Seiffert eine sehr unruhige Rolle. Seiffert hatte unter Eid ausgesagt, daß die beiden Abgeordneten erst nach der Abstimmung über den Preussag-Vertrag die Beschuldigungsumme, die Gegenstand eines Verfahrens gegen die beiden Abgeordneten war, erhalten hätten. In Wirklichkeit war die Auszahlung schon vor der Abstimmung erfolgt. Seiffert wird sich daher wegen Meineids vor Gericht zu verantworten haben. Außerdem wird er von der Berliner Staatsanwaltschaft wegen Betrugs, Konkursbetrogens und Bilanzfälschung gesucht.

Die Umstände, unter denen die Festnahme erfolgte, sind eigenartig. Seiffert wurde in einem Hause der Solstraße vom Hausmeister angetroffen, der ihn nicht kannte und ihn fragte, wo er lude. Ohne Antwort zu geben, entfernte sich Seiffert eilig. Von Passanten, die sich dem Hausmeister angeschlossen, wurde er dann verfolgt und festgenommen. Auf der Polizei gab er einen falschen Namen an.

Die Staatsanwaltschaft Berlin hat bereits das Auslieferungsbefahren eingeleitet.

Schüsse auf den politischen Gegner.

Dessau. Zu einer Schießerei kam es in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag in Dessau-Mühlberg. Zwei bis drei Reichsbannerangehörige wurden schwer und mehrere leicht verletzt. Auch ein Nationalsozialist erlitt schwere Verletzungen, während einige Mitglieder der NSDAP, leichter verletzt wurden.

Dessau. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kam es, wie bereits gemeldet, in der Vorstadt Dessau-Niebig zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und Angehörigen der NSDAP. Insgesamt wurden dabei auf beiden Seiten etwa 10 Personen verletzt, darunter einige durch Schüsse schwer. Der Reichsbannerführer Augustin Feuerherd, ist inzwischen im Krankenhaus seinen erlittenen Kopfverletzungen erlegen.

Chemnitz. Auch hier kam es am Sonnabendabend bei einem nationalsozialistischen Demonstrationsumzug zu Schlägereien. Als auf dem Marktplatz der nationalsozialistische Redner von politischen Gegnern durch Zwischenfälle gestört wurde, entzündete sich ein Schläger, bei der drei Personen, angeblich Kommunisten, verletzt wurden. Am Freitag der wurde ein Auto mit Nationalsozialisten mit Steinen beworfen. Bei der sich anschließenden Schlägerei, bei der auch Schüsse fielen, wurden zwei Nationalsozialisten schwer verletzt.

Politische Zusammenstöße in Wittenberg.

Wie der Polizeibericht meldet, kam es in verschiedenen Stadtteilen Wittenbergs zu politischen Zusammenstößen. Gegen 21 Uhr wurden fünf Nationalsozialisten, die einen Pro-

pagandazug der NSDAP, zu erreichen suchten, von etwa 20 Kommunisten überfallen. Ein Nationalsozialist wurde mit einer Faustfaule zu Boden geschlagen und mit einem schweren Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert. Um Mitternacht suchte eine Anzahl Nationalsozialisten bei einer Polizeiwache ein polizeiliches Geleit nach, da sie sich von Kommunisten bedroht fühlten. Ede Herold- und Bärnertruppe wurden die begleitenden Polizeibeamten mit einer Anzahl von Schüssen empfangen, die von den Beamten erwidert wurden. Kurze Zeit später wurde eine Polizeistreife aus einem Anwesen in der Heroldstraße, in der die Beamten geflohen waren, neuerdings beschossen. Auch hier wurde das Feuer erwidert.

Halle. Montagabend gegen 23.45 Uhr wurden an der Ede Nord-Weißstraße etwa zehn Reichsbannerangehörige - Mitglieder des Spielmannszuges - von etwa 70 Angehörigen der NSDAP, in Uniform überfallen. Den Reichsbannerangehörigen wurden die Musikinstrumente entzogen und zerstört. Darauf wurden zwei Straßensänger der NSDAP, nach Waffen durchsucht. In einem der beiden Fahrzeuge wurden eine Pistole, ein Schiffsägel und eine mit Nägeln beschlagene Karte vorgefunden und beschlagnahmt. Die Inhaftigen wurden festgenommen.

Ende des Dessauer Bauaufseß?

Ministerpräsident Freyberg und zwei nationalsozialistische Stadtratsmitglieder beauftragt unter Führung des Oberbürgermeisters und des Direktors des Bauhauses des Dessauer Bauhauses. Die NSDAP-Fraktion lehnte die Ausgaben für das Bauhaus ab, so daß der Fortbestand des Instituts damit in Frage gestellt ist.

Bata tödlich verunglückt.

Das Ende des tschechischen Schußflögers.

Prag, 13. Juli.

In der Nähe von Jlin in Mähren ereignete sich ein Flugzeugunglück, bei dem der bekannte tschechische Schußflieger Bata sein Leben einbüßte. Bata wollte nach der Schwelz fliegen. In einer Höhe von 700 Metern stürzte das Flugzeug in der Nähe des Flugplatzes Jlin plötzlich ab. Bata und der Pilot waren sofort tot.

Geistliches.

Neue Beweise der Leistungsfähigkeit des Schallplatten-Vollverbands. Bereits eine häufige Durchsicht des neuesten Gramophon-Schallplatten-Berichtes über die durch die musikalische Welt und durch die Kamerabildner geniesender Sänger und Kapellen. So findet hier jeder Musikfreund und Musikkenner eine reiche Auswahl klassischer sowie guter Unterhaltungsmusik in tonvollender Aufnahme und Wiederabe. Kein technisch betrachtet sind die Gramophon-Schallplatten von einer erstaunlichen Klangfülle und Klangreicht, ohne überaus Rade, geräuschlos, übermäßig und mit jeder dabei spielbar. Die Breite der Platten sind in einer Weise der Zeit entsprechen angepaßt, die der hohen Leistungsfähigkeit des Schallplatten-Vollverbands und seinem Grundgedanken, Lust und Vergnügen zu bereiten, das beste Zeugnis ausstellen. Das Plattenverzeichnis (totenlos und unerschöpflich anzuordnen von der Hauptgeschäftsstelle Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 41-43) teilt sich jetzt in zwei große Gebiete auf: 1. Musiker der Welt (Große Oper, Konzerte, Kammermusik, Gesangs- und Instrumentalmusik, Gitarre, Violine, Klavier, Operette); Preis der 25-cm-Platte je 1.20 RM, Preis der 30-cm-Platte je 2.40 RM. 2. Tanz-, Konfirm- und Unterhaltungsmusik; Preis der 25-cm-Platte je 1.40 RM. Auf Grund der Qualität ihrer Plattenplatten und der unerschöpflich billigen Preise ist bereits heute schon Gramophon die Schallplatte des Musikliebenden.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 18. Juli, 12^{Uhr} findet die Vergebung der Anfuhr und Lieferung von Kies frei Baustelle für die Kreisstraßen Dorna-Werthig u. Kemberg-Trebig im Galthof **Goldene Weintraube** in Kemberg öffentlich auf Meißelbiet statt. Loseinteilung und Bedingungen im Termin.
Radeis, den 12. Juli 1932

Buchholz, Straßenmeister

Obstverpachtung.

Am Montag, den 18. Juli d. Js., 12 Uhr findet die Verpachtung der Äpfel- und Sauerkräutergärten an der Kreisstraße Dorna-Werthig und Kemberg-Trebig im Galthof **Goldene Weintraube** in Kemberg öffentlich auf Meißelbiet statt. Kaufgeld ist sofort zu zahlen.
Radeis, den 12. Juli 1932

Buchholz, Straßenmeister

Prima frisches Rindfleisch
frische Flecke
empfiehlt
Willy Häg

Prima Frühkartoffeln
hat abzugeben
Otto Müller, Anhalter Str.

Junger Bursche
14-16 Jahre alt, für Landwirtschaft gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Heidelbeeren
kauft.
H. Mierschke, Burgstraße 36

41. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie
Ziehung unwiderruflich am 23. August
Vorzügliche Gewinnchancen
Lose zu 3.- RM zu beziehen durch
Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Straße und Markt.

Zur Einmachzeit
empfehle
Einkochgläser
Nieder-Progress, Grifa, Saxonia
Geleegläser
Gummiringe, Bügel, Deckel
Einkoch-Apparate
Koch-Bücher
in reicher Auswahl

Glashaut
Pergamentpapier
Salzylpapier
Rich. Arnold, Kemberg
Kleinkaliber
Deute Mittwochabend
6 1/2 Uhr **Schießen**

Bürger-Berein
Am Sonntag, den 17. Juli, findet im Waldhaus Niemitz anlässlich des 70. Gründungsjahres ein **gemitt. Beisammensein** statt, zu dem alle Mitglieder mit Familie herzlich eingeladen werden. Dem gemeinsamen Ausmarsch treffen sich die Teilnehmer um 2 Uhr nachmittags am Friedhof oder Waldhof.
Der Vorstand.

M.-T.-V.
Sonntag, den 17. Juli
Wanderfahrt per Rad durch die Wäbener Heide. Abfahrt früh 1/6 Uhr von der Turnhalle, Rückkehr gegen 6 Uhr nachmittags. Nege Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand

Krieger- und Landwehr-Verein
Am Donnerstag, den 14. Juli, feiert der Verein im **Schützenhause** sein **Stiftungsfest**
bestehend aus
Kinderfest, Gartenkonzert und Ball
Anfang nachmittags 3 1/2 Uhr. Alle Mitglieder und ihre Familienangehörigen sind nochmals herzlich eingeladen. Das **Schießen** für die Kameraden am dem Schützenstand beginnt um 4 Uhr.
Der Vorstand

Heimatfest
in Bad Schmiedeberg (Bez. Halle)
am Montag, den 18. Juli 1932,
14 1/2 Uhr Unszug vom Marktplatz durch die Stadt nach dem Anker, dort Konzert, Kinderpiele, Volkstänzen und turnerische Darbietungen. 19 Uhr Einmarsch zum Marktplatz.

Zur Einmachzeit
empfehle gut
Kristallzucker, Futzucker
Weinessig, Essigspirit, Salsyl
Zur hauswiewbereinung
empfehle gut und preiswert:
Korbflächen, billig in allen Größen
Korke, Spunde, Gärdröhen
Gummischlauch, Weinheber
Kochmaschinen
Glasstrichter, Colophonium
Fleischlad
Weinhefe
verschiedener Geschmacksrichtungen
J. G. Glaubig

Sammeltassen
Reiche Auswahl - Schöne Muster - Billige Preise
bei
Richard Arnold, Kemberg
Leipziger Strasse und Markt

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Sonntags-Sportblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt.“ — Bezugspreis: Monatlich für Adressat 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M. durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Schriftsteller aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie geboten. — Beilagenpreis: 10.— Mk. das Zahlen, zusätzlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 82

Donnerstag, den 14. Juli 1932

34. Jahrg.

Das Verschneiden der

Secken und Säune

hat spätestens bis zum 1. August ordnungsmäßig zu erfolgen. Gegen Säunung werde ich nach Ablauf der Frist Zwangsmaßnahmen durchzuführen.

Kemberg, den 11. Juli 1932.

109) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Bullenverkauf.

Freitag, den 15. Juli 1932, um 20^{1/2} Uhr, soll im Karteller der bei Herrn Landwirt Köhne untergebrachten Zuchtställe (ca. 16 Zentner schwere) zum Schlachten verkauft werden. Vorherige Besichtigung ist gestattet. Kemberg, den 13. Juli 1932.

Der Magistrat.

Frankreichs Machtposition

Von Dr. Karl Schwendemann.

Der Verfasser, der gegenwärtig an der Abrüstungskonferenz in Genf teilnimmt, hat eine Darstellung über Frankreich veröffentlicht, der nachstehende Abschnitte entnommen sind.

In den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage hat Frankreich ein neues Beispiel für sein Geschick gegeben, seine eigenen Interessen konsequent zu verfolgen und dabei den Weltgeheimen der Abrüstung scheinbar zu fördern. Wenn es jahrelang durch die Verhüllung von Abrüstungs- und Sicherheitsfrage die letztere auf das theoretische Gebiet der Völkerrechtslehre über Friedenssicherung zu ziehen verstand, so hat es, als dieser Weg ungangbar wurde und im Jahre 1926 endlich die Vorbereitende Abrüstungskommission des Völkerbundes ins Leben trat, um die praktische Vorbereitung zur ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz durchzuführen, während dieser Verhandlungen eine andere Methode verfolgt, die in ihrer Wirkung auf das Ziel hinauslief. Es hat die Verhandlungen dieser Kommission so zu führen verstanden, daß Wege gesucht und gefunden wurden, die scheinbar zu dem großen Ziel der Weltabrüstung hinliefen, tatsächlich aber um eine wirkliche Abrüstung herumzuführen. Während es das logischste und den eingegangenen Verpflichtungen entsprechende gewesen wäre, für die allgemeine Abrüstung die deutsche als Mutter zu nehmen, da ja doch die deutsche Abrüstung nach dem Wortlaut des Versailleser Vertrages nur die Einleitung zu einer allgemeinen Abrüstung sein sollte, wurden durch die Vorbereitende Abrüstungskommission neue Wege und Methoden der Abrüstung gesucht, als ob noch nie ein Staat praktisch die Abrüstung demonstriert hätte. Diese Methoden sind so angelegt, daß die wesentlichen Faktoren der Abrüstung von einer künftigen Abrüstung ausgeschlossen werden sollen. Das Ergebnis der Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission ist ein Konventionentwurf, der das Kunststück fertigbringt, scheinbar eine allgemeine Abrüstung zu beginnen, die Abrüstungen der hochgerüsteten Staaten aber in ihren wesentlichen Faktoren unberührt zu lassen und gleichzeitig die Ermöglichung der bereits abgerüsteten Staaten von neuem zu bewilligen. Deutschland hat diesen Entwurf deshalb abgelehnt.

Schließlich die Reparationsfrage. Hier hat Frankreich es mit großem Geschick verstanden, den Löwenanteil des Kriegserfolges auf seine Seite zu bringen. Mit der Frage über die im Kriege erlittenen Verluste, mit der systematischen Verwertung seiner zerstörten Gebiete zu einer Weltpropaganda großen Stils gab es dem Vortri Wiedergutmachung einen weichen anerkannten moralischen und rechtlichen Charakter. Im Namen der Gerechtigkeit forderte es Reparationen schon in der Prägung des Wortes brachte es dies zum Ausdruck. Nicht Kriegserfolge, nicht Kriegsergebnisse wurden von Deutschland gefordert, sondern etwas moralisch viel einwandfreieres: Reparationen. Wiedergutmachung für das zugefügte Unrecht und den zugefügten Schaden. Als moralische Begründung wurde die angebliche Schuld Deutschlands am Kriege herangezogen. Während England großzügig auf jede Zahlung verzichtete, die über das hinausging, was es selbst Amerika zu zahlen hatte während es völlig überließ, welche tiefgehenden Verluste bei Krieg und seine Folgen seiner Volkswirtschaft verursacht hatten, verstand Frankreich die Rechnung seiner begünstigten Gebiete so aufzumachen, daß es über die Hälfte aller Reparationen erhielt. Wenn man die heutige finanzielle Lage Frankreichs und Englands vergleicht, so liegt es auf der Hand, wo die besseren Rechnung lagen, was das größere positive Geschick und der größere Weltfriede am Werke waren.

Fast man die heutige weltpolitische Situation Frankreichs, die es sehr wesentlich der Führung seiner Außenpolitik verdankt, ins Auge so mag man eine Stelle aus dem Bericht des Senators Béranger an die Finanzkommission des Senats über das Budget des französischen Außenministeriums vom Jahre 1930 zitieren: „Ein Vierteljahr von 40 Millionen Einwohnern und von 600 000 Quadratkilometer Fläche, Kolonien von 60 Millionen Einwohnern und 12 Millionen Quadratkilometer Fläche, ein Kolonialhaushalt von 30 Milliarden Franks, das ist mehr Größe und

Expansion als Frankreich in irgendeinem Augenblick seiner Geschichte erreicht hat.“

„Frankreich ist heute nicht nur eine europäische Nation, es ist eine interkontinentale Nation geworden.“ Aus dieser Worten klingt ein festes Bewußtsein. Fügt man hinzu, daß Frankreich das härteste Herz und die größte Ausdauer der Welt besitzt, dazu ein Bündnisystem, das von Kattwerpen bis Ostingen, von Weiskund bis zur Donaumündung und vom Riesengebirge bis zur Adria reicht, daß es auch eine starke Wirtschaft unter vorwiegender Berücksichtigung der für England besonders gefährlichen Unterleeseebote entwickelt hat, daß es den zweitgrößten Goldschatz der Welt sein Eigen nennt und den größten auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, daß die Weltwirtschaftskrisis von allen großen Ländern Frankreich am wenigsten geschwächt hat, daß das engl. Pfund den Goldstandard aufgeben mußte und sogar die Vereinigten Staaten vor der finanziellen Krise Frankreichs zeitweise zurückweichen mußten, so ergibt sich das Bild einer Machtposition, die Frankreich im Laufe seiner Geschichte, wenn man von den wenigen Jahren der Herrschaft Napoleons abliest, nie befehlen hat.

Die französische Außenpolitik hat es nicht nur verstanden, die große Machtausdehnung des imperialistischen Zeitalters, den Weltkrieg, sondern auch die Früchte des Sieges zu pflücken und in die Scheunen zu bringen; die Feder der Diplomaten hat das, was das Schwert der Krieger nicht nur der eigenen, sondern der einer ganzen Welt, gewonnen hatte, nicht verloren sondern zu sichern, zu mehren und zu affizieren verstanden.

Des Kanzlers Verteidigung

Wie es zu dem Ergebnis kam.

Berlin, 12. Juli.

Bei einem Presseempfang äußerte sich der Reichskanzler absehend über das Ergebnis von Lausanne. In die Spitze einer Ausführungen stellte er die Bemerkung, daß die Entscheidung darüber, ob man zu einer einseitigen Regelung der Reparationsfrage kommen oder es ein Scheitern der Konferenz mit allen sich daraus ergebenden Folgen antworten lassen wollte, nie durch irgendwelche innerpolitischen Erwägungen beeinflusst worden sei.

Zur Sache selbst führte er aus, es sei doch nicht so gewesen, wie man es in der Öffentlichkeit lange angenommen habe, daß wir etwa 100 Milliarden vor dem Ziel gewesen wären, nachdem wir erst vor zwei Jahren einen Vertrag über eine Leistung von 35 Milliarden unterzeichnet hätten.

Zwar habe sich inzwischen die Zahlung dieser Summe als unmöglich herausgestellt, aber ebensowenig wie wir die seit Versailles durch Deutschland geleiteten Unternehmungen durch einen einseitigen Akt aus der Welt schaffen konnten, so wenig sei es möglich gewesen, die Reparationsfrage durch einen einseitigen Akt zu liquidieren.

Die Schuldverschreibungen.



Wirtschaftliche Befreiung.

Die Voraussetzung der wirtschaftlichen Befreiung, der Welt, zumal da das Entfallen der Reparationen durch das Hoover-Jahr obnein eskomatert worden war, ist die Be-

seitigung der Diskriminierungen des Versailleser Vertrages, der auch in Deutschland die geistigen inneren Spannungen verursacht hat. Eine der großen Mächte habe die politischen deutschen Forderungen als völlig berechtigt anerkannt.

In den nunmehr folgenden Verhandlungen lie die Grundlage geben, in Genf die Gleichberechtigung auch in der Wehrfrage zu erreichen.

Wesentlich verbesserte Beziehungen.

Während die Presse der Welt die in Lausanne gefundene Lösung als das Ende der Reparationen und den Beginn einer neuen Ära bezeichnet, erscheint das Ergebnis in Deutschland durch den Wahlkampf stark verzerrt. Das können wir nicht ändern. Wir werden abwarten, wie sich die Abmachungen auf die Wirtschaft und den deutschen Kredit auswirken. Der Haß von Lausanne hat die Beziehungen unter den Mächten wesentlich verbessert. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen, die die Reichsregierung nunmehr im Innern in Angriff nehmen wird, und in Ueberwirkung der Folgen auf die Wirtschaft werden wir die Auswirkungen des Rates von Lausanne abwarten.

Billigung des Reichsabinetts

Das Reichskabinett hat den Bericht des Kanzlers über Lausanne entgegengenommen und einstimmig das Verhalten der deutschen Abordnung gebilligt.

Aus maßgebenden Kreisen verlautet, daß Herriot angebliche Erklärung, daß im Falle einer Nichtratifikation des Lausanner Abkommens der Youngplan wieder in Kraft trete, mit den Vereinbarungen in Widerspruch steht. Bis zur vollstänigen Ratifikation treten die Vereinbarungen nicht in Kraft, die keinerlei denartige Bestimmungen mehr bestehen.

Ratifiziert einer der sechs Unterzeichnerstaaten den Vertrag nicht, so müßte nach einer ausbrüchlichen Erklärung MacDonalds eine neue Konferenz stattfinden.

Im übrigen wird zu den Presseäußerungen, daß Brütting an seinem unzufriedenen „Vertr.“ festhalten hätte und weniger nachgiebig gewesen wäre, erklärt, daß noch keine Konferenz international so schlecht vorbereitet gewesen wäre, wie die Lausanner.

Erlt während der Konferenz hätten sich unter dem Druck Frankreichs die Gläubigermächte auf eine Abschlußforderung an Deutschland geeinigt, und zwar in Höhe von 3 Milliarden. Man lie dann erst allmählich auf 2 Milliarden heruntergegangen. Man hält es für höchst zweifelhaft, ob Brütting mit einem besseren Ergebnis aus Lausanne heimgekehrt wäre.

Das „Gentleman-Agreement“

Die englisch-französische Schuldenabmachung. — Ungünstige Aufnahme in Amerika.

Berlin, 12. Juli.

Nach den Vereinbarungen von Lausanne ist für die Gläubigermächte die künftige Haltung der Vereinigten Staaten in der Frage der interalliierten Schulden von ausschlaggebender Bedeutung. Auf der Plus-Seite für die deutsche Delegation steht in Lausanne zweifellos, daß es gelungen ist, eine Verknüpfung der Reparationsfrage mit der Frage der interalliierten Schulden von Amerika zu vermeiden, wie sie von französischer Seite verlangt wurde. Die Gläubigermächte haben aber die Lausanner Verhandlungen zum Anlaß von Abmachungen genommen, über die nicht Öffentliches verlautete, die jedoch nicht lange geheim bleiben konnten, und die in ihrer praktischen Wirkung darauf hinauslaufen, eine Einheitsfront der Schuldner Amerikas zu schaffen.

In Gestalt eines Briefwechsels ist insbesondere zwischen Frankreich und England ein Gentleman-Agreement getroffen worden, in dem festgelegt wird, daß der Lausanner Vertrag erst ratifiziert werden soll, wenn ein Kriegsschuldenabkommen mit Amerika zustande gekommen ist, das keine der großen Schuldnermächte — auch Italien ist an dieser Vereinbarung beteiligt — ein Sonderabkommen mit Amerika treffen soll, das die Interessen der anderen Schuldner verletzen könnte, und schließlich haben die Schuldner Amerikas ihre zwischenstaatlichen Zahlungen bis auf weiteres suspendiert.

Diese Vereinbarung hat, vom Standpunkt der europäischen Politik aus gesehen, eine positive Seite darin, daß eine feste Annäherung der französischen und der englischen Politik einander erreicht worden ist, aber dieser Gewinn wird mehr als aufgehoben durch die Wirkung der Vereinbarung auf Amerika.

Dort steht man in der Genf Abmachung einen Vorstoß gegen Amerika und ebenfalls eine „Einigung Europas“, die von der Verknüpfung zwischen den europäischen Staaten, wie sie Washington immer gepredigt hat, sehr verschieden ist.

Man hat sich von maßgebender amerikanischer Seite beiläufig, im letzten Stadium der Lausanner Verhandlungen andeutend, daß Washington zwar bereit ist, mit keinem ein-